

Niederschrift

über die am **Dienstag, dem 23. Juli 2019** im Gemeindeamt Parndorf abgehaltene **öffentliche Sitzung des GEMEINDERATES**:

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:20 Uhr

Anwesend waren: Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs, LIPA als Vorsitzender

Vizebürgermeister Franz Huszar, LIPA

Gemeindevorstandsmitglied Norbert Samwald, SPÖ

Ing. Wolfgang Daniel, LIPA

Michael Koss, SPÖ

Michael Boschner, LIPA

Gemeinderatsmitglied Mag. Rudolf Ladich, LIPA

Gemeinderatsmitglied Johann Rechberger, SPÖ

Ersatzmitglied Jakob Skodler, ÖVP

Erwin Lippert, SPÖ

Eva Nebenmayer, LIPA

Ing. Wolfgang Kment, LIPA

Ersatzmitglied Dieter Koosz, SPÖ

Stefan Vestl, LIPA

Reinhold Hermann, LIPA

Gabriele Arndt, LIPA

Ing. Stefan Pfaller, ÖVP

Wilhelm Laufer, LIPA

Dr. Christa Wendelin, GRÜNE

Michaela Strantz, FPÖ

Gottfried Wallentich, SPÖ

Christine Henhagl, LIPA

Christian Ortner, LIPA

Christine Mujzer, SPÖ,

sowie OAR Otto Lippert als Schriftführer. Yakup Atalay, SPÖ, Franz

Peter Bresich, ÖVP, sowie Paul Czerwenka und Ersatzmitglied Heinz Peter Neuner, beide LIPA, sind der Sitzung entschuldigt ferngeblieben. Den Gemeinderatsmitgliedern ist mit der Einladung nachstehende Tagesordnung zugegangen:

Tagesordnung:

1.) OBERWARTER gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft reg GmbH

a) Arztordination Am Teich 21

b) Neuvergabe Wohnung Joseph-Haydn-Gasse 1d/1/2

2.) KOTZIAN Ing. Helmut, Flächenwidmung „Schottergrube“ für Grundstücke Nr. 2008/2, 2008/3 und 2008/4

3.) BERICHTE

a) Breitspurbahn

b) Flughafen, 3. Piste

4.) KLIMANOTSTAND (Antrag Grüne)

5.) HAUSGÄRTEN, Vergabe Planung

a) Abwasserbeseitigungsanlagen

b) Straßenbau

6.) 1. NACHTRAGSVORANSCHLAG 2019

7.) KINDERGÄRTEN

a) ZIESELWEG, Besetzung Pädagogin

b) EMMERICH KALMAN-GASSE, Bestellung Leiterin

8.) ALLFÄLLIGES

Der vorsitzende Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs begrüßt die erschienenen Gemeindevertreter und eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße elektronische Einberufung der Sitzung am 09. Juli 2019 und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Begläubiger der Niederschrift über diese Sitzung bestimmt er Eva Nebenmayer und Ing. Stefan Pfaller. Der Antrag des Bürgermeisters, die Tagesordnung um die Punkte „7c) Peterle-Hechenblaickner Johanna, einvernehmliche Auflösung Dienstverhältnis“, und d.) „Leitung Stellvertretung Kindergarten Zieselweg“ zu erweitern, werden ebenfalls einstimmig angenommen. Der über Vorschlag von Johann Rechberger vom Bürgermeister gestellte Antrag, den Tagesordnungspunkt 1b.) nicht öffentlich abzuwickeln, da hier persönliche Daten von Antragstellern behandelt werden, wird einstimmig angenommen. Der Antrag des Bürgermeisters, den Tagesordnungspunkt 7.) nicht öffentlich abzuwickeln, da hier Personalangelegenheiten behandelt werden, wird einstimmig angenommen. Folgende Berichtigung bei Punkt 1b) wird zur Kenntnis genommen: Neuvergabe Wohnung Joseph-Haydn-Gasse 1d/1/12.

Die Protokolle über die öffentlichen Gemeinderatssitzungen vom 23.05.2019 und vom 26.06.2019, sowie die nichtöffentliche Gemeinderatssitzung vom 26.06.2019 werden zur Kenntnis genommen.

Danach wird mit der Beratung begonnen.

1.) OBERWARTER gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft regGmbH

a) Arztordination Am Teich 21 (Audio 00:05:30-00:25:00)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs erinnerte, dass die OSG in „Am Teich 21“ eine Wohnhausanlage bestehend aus drei Stiegen baut, wobei in der Stiege 1, Top 4, eine Arztordination vorgesehen ist. Die Nutzfläche beträgt 112,18m². Die Baukosten für diese Ordination betragen auf Grundlage der Ausschreibung voraussichtlich brutto € 279.768,00. Die Finanzierung soll über ein von der OSG aufzunehmendes Bankdarlehen erfolgen. Die monatliche Miete würde für die gesamte Laufzeit des Darlehens mit 30 Jahren € 1.238,93 betragen. Er berichtete, dass er bisher weder von der BGKK noch von der Ärztekammer Informationen erhalten hat, ob Parndorf überhaupt eine neue Stelle mit Kassenvertrag erhalten wird. Immerhin wurde für die Kassenstelle von Dr. Christine Loidl als Übergangslösung jene für Dr. Etelka Wuketich-Dudas geschaffen. Der Kassenvertrag mit Dr. Loidl ist jetzt mit 30.06.2019 ausgelaufen und sie wird als Wahlärztin weiterpraktizieren, wobei sie den Vertrag als Gemeindeärztin weiter erfüllen wird. Die OSG braucht auf Grund des Baufortschritts dringend eine Entscheidung, ob diese Ordination weiter reserviert bleibt, dann ist der genannte Mietvertrag mit der Gemeinde Parndorf als Hauptmieter jetzt notwendig. Unsicher bleibt, ob selbst im Fall einer Kassenvertragsstelle das Angebot der Ordination überhaupt angenommen wird. Die OSG hat in der Zwischenzeit die Verkürzung der Laufzeit des Mietvertrages auf zehn Jahre angeboten, was grundsätzlich auch nicht weiterhilft, weil diese Räumlichkeiten eigentlich durch ihre spezielle Ausstattung nicht anders verwendet werden kann und trotzdem jährlich etwa € 20.000,-- zu bezahlen sind. Wenn die Gemeinde Parndorf den Mietvertrag nicht abschließt, plant die OSG um und macht hier zwei Wohnungen daraus. Nach eingehenden Beratungen beschloss der Gemeinderat nach dem Antrag von Michael Boschner bei sieben Stimmenthaltungen von Norbert Samwald, Erwin Lippert, Ing. Stefan Pfaller, Dr. Christa Wendelin, Gottfried Wallentich, Dieter Koosz und Jakob Skodler und siebzehn Zustimmung der weiteren anwesenden Gemeinderatsmitglieder, den vorgelegten Mietvertrag zur Anmietung der Arztordination in „Am Teich 21“ auf Grund der unsicheren Situation der Möglichkeiten zur einschlägigen Nutzung nicht anzunehmen.

Der nächste Tagesordnungspunkt wurde nicht öffentlich behandelt.

2.) KOTZIAN Ing. Helmut, Flächenwidmung „Schottergrube“ für Grundstücke Nr. 2008/2, 2008/3 und 2008/4 (Audio 00:25:00-00:33:30)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete, dass die Ing. Helmut Kotzian GmbH um Änderung der Flächenwidmung für das geplante Schotterabbaufeld „Kotzian XIV“ auf den Grundstücken Nr. 2008/2, 2008/3 und 2008/4 angesucht hat. Das hier abzubauende Material wird unter anderem auch für die betriebs-eigene Betonproduktion gebraucht. Mit diesem Antrag legte er auch die bisher durchgeführten Rekultivierungsmaßnahmen und Folgenutzungen der schon geschlossenen Abbaufelder als Nachweis der Einhaltung der dem Rahmenprogramm „Schotterabbau Parndorfer Platte“ vorgegebenen Richtlinien vor. Er hat auch zugesichert, bei diesem neu geschaffenen Areal die Nachnutzung im Einvernehmen mit der Gemeinde Parndorf festzulegen. Zusätzlich stellt er der Gemeinde Parndorf unentgeltlich seine Grundstücke Nr. 1536/1 und 1537/1 nördlich des Echoparks über die B10 bis zur Hottergrenze zu Neudorf in der Riede „Strickäcker“ für

die Aussetzung eines Windschutzgürtels oder anderen ökologischen Maßnahmen zur Verfügung. Ing. Stefan Pfaller wies auf die hohe LKW-Verkehrsfrequenz im Schotterabbaugebiet und die damit verbundenen Probleme der Landwirtschaft hin. Der Bürgermeister erklärte, dass eine Erhöhung des LKW-Verkehrsaufkommens nicht erwartet wird, weil die Abbau- und Verfülltätigkeit im gleichen Ausmaß wie im derzeit laufenden Betrieb erfolgen soll. Michael Koss wies darauf hin, dass Ing. Helmut Kotzian maßgeblich am Zustandekommen des Rahmenprogramms „Schotterabbau Parndorfer Platte“ mit dem darauf basierenden sektoralen Verkehrskonzept mitgewirkt hat und stellte danach den Antrag, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen und das Verfahren zur Änderung der Flächenwidmung einzuleiten. Nach eingehenden weiterer Debatte schlossen sich Eva Nebenmayer und Jakob Skodler dem gestellten Antrag vollinhaltlich an und der Gemeinderat beschloss bei einer Stimmenthaltung von Dr. Christa Wendelin und Zustimmung der übrigen anwesenden Gemeinderatsmitglieder, dem vorliegenden Antrag der Ing. Helmut Kotzian GmbH um Änderung der Flächenwidmung für das geplante Schotterabbaufeld „Kotzian XIV“ auf den Grundstücken Nr. 2008/2, 2008/3 und 2008/4 zuzustimmen und das Verfahren zur Änderung der Flächenwidmung einzuleiten.

3.) BERICHTE

a) Breitspurbahn (Audio 00:33:30-00:39:00)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete, dass immer mehr Gemeinden und Bürgerinitiativen ohne Rücksicht auf die politische Grundorientierung zum Widerstand gegen dieses Projekt mobil machen. Auf Grund der aktuellen politischen Situation vor der Nationalratswahl Ende September 2019 kommen jetzt auch keine inhaltlichen Antworten zu den Anfragen an das BMVIT und den ÖBB. Aus der Slowakei kommen Informationen, dass laut einem Dokument der ÖBB Infrastruktur AG schon eine konkrete Trassenführung in der Slowakei nordöstlich von Petrzalka mit einem Grenzübertritt südlich von Kittsee und dann weiter in Richtung Edelstal dargestellt ist. Die Weiterführung in Österreich in Richtung Wien ist laut ÖBB Inhalt der seit November 2018 laufenden „Strategischen Prüfung Verkehr SP-V“, wo das Land Burgenland bereits die ablehnende Stellungnahme zur Trassenführung auf dem Raum Parndorf abgegeben hat. Der Gemeinderat nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

b) Flughafen, 3. Piste (Audio 00:39:00-01:22:20)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete, dass die Beschwerde der Gemeinde Parndorf gegen den Bescheid der Niederösterreichischen Landesregierung und der Antrag auf Zuerkennung der Parteistellung im Genehmigungsverfahren vom Verwaltungsgerichtshof ungewöhnlich rasch als unzulässig zurückgewiesen wurden. Der Rechtsvertreter der Gemeinde beurteilte dieses Erkenntnis als „grob Mangelhaft begründet“ und empfiehlt eine Weiterführung des Verfahrens durch eine gleichzeitige Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof und an die EU-Kommission. Die Gemeinden Bruckneudorf und Neusiedl am See werden dieses Verfahren nicht weiterführen. Der Bürgermeister erinnerte, dass die Gemeinde Parndorf Mitglied in den Arbeitsgruppen „Bezirkskonferenz Bruck/Leitha“ und „Curved approach“ des Dialogforums ist. Der Geschäftsführer des Dialogforums hat bei einer Weiterführung des rechtlichen Widerstands der Gemeinde Parndorf deren möglichen Ausschluss aus diesen Gremien angekündigt. Johann Rechberger zitierte die Stellungnahme des Anwaltes und wies auf die enormen Belastungen durch den Ultrafeinstaub, die steigenden Beschwerden aus der Bevölkerung wegen der immer größer werdenden Lärmbelastung, sowie den seiner Meinung nach offensichtlichen Zusammenhang mit dem Projekt „Breitspurbahn“ bei Parndorf hin. Danach stellte er den Antrag, das Verfahren auf Zuerkennung der Parteistellung im Genehmigungsverfahren zur 3. Piste beim Flughafen Wien-Schwechat entsprechend der vorher genannten Empfehlungen der Rechtsvertreter der Gemeinde Parndorf weiter zu führen. Dr. Christa Wendelin wies darauf hin, dass die Gemeinde Parndorf eigentlich nur in den genannten Arbeitsgruppen und nicht im eigentlichen Dialogforum vertreten ist. Daher kann sie dort nur Informationen bekommen, hat jedoch kein Stimmrecht bei hier getroffenen Entscheidungen. Ing. Wolfgang Daniel erinnerte an seine Berichte über die Arbeitsgruppen „Bezirkskonferenz Bruck/Leitha“ und „Curved approach“ mit dem Hinweis, dass die Gründungsmitglieder des Dialogforums nicht erfreut über die Anwesenheit der Parndorfer Vertreter waren, weil sie die bisher von ihnen ausgehandelten Festlegungen und Kompromisse gefährdet sehen. Die Grundstimmung war eigentlich so, dass Parndorf bei Weiterführung des Widerstandes hier ausgeschlossen werden sollte, damit keine Informationen aus dieser Gruppe in dem Rechtsstreit verwendet werden könnten. Im Zuge der folgenden heftigen Debatte stellte Ing. Stefan Pfaller fest, dass weder die Weiterführung des Verfahrens mit der Konsequenz der Entfernung aus den genannten Arbeitsgruppen, noch die Anerkennung des vorliegenden Erkenntnisses mit der Konse-

quenz des weiteren Sitzes in den genannten Arbeitsgruppen die Ziele der Gemeinde Parndorf zur Verhinderung der Zunahme der Überflüge und der damit verbundenen Lärmbelastigungen erreichbar machen. Für ihn ist der Verzicht auf die Weiterführung des Verfahrens eigentlich ein Verlassen der einstimmig beschlossenen ursprünglichen Linie zur Bekämpfung dieser negativen Auswirkungen auf Parndorf. Ein zusätzliches Problem ist noch die Fläche zwischen den bestehenden Einrichtungen des Flughafens und der hier strittigen 3. Piste, wo wie beim Projekt „Breitspurbahn“ riesige Logistikeinrichtungen möglich wären. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Entscheidung über die Weiterführung dieses Verfahrens die Entscheidung zwischen Konfrontation und Dialog zu diesem Thema ist. Christian Ortner sagte, dass aus seiner Sicht die weitere Mitgliedschaft im Dialogforum wichtiger und sinnvoller als eine Weiterführung des Verfahrens ist, weil selbst bei Anerkennung der Parteistellung für Parndorf die einschlägigen Materienverfahren neu beginnen und das Erreichen der Ziele von Parndorf ohne entsprechende Gutachten nicht möglich sein wird, was wiederum sehr hohen finanziellen Einsatz aus Parndorfer Sicht zur Folge hat. Der Bürgermeister bestätigte diese Aussage und berichtete, dass die jetzt anstehenden Beschwerden etwa € 4.000,-- kosten werden. Für die folgenden Verfahren sind keine Kosten bekannt. Sicher ist, dass die Gemeinde Parndorf leider weder vom Land Burgenland noch von der Region mit Unterstützung rechnen kann. Nach der Meldung von Ing. Wolfgang Daniel, dass nach einer Aussage des Dialogforums die Burgenländischen Gemeinden zwischen 2014 und 2016 über das Projekt informiert wurden, von dort keine Rückmeldung erfolgt ist und daher das Amt der Burgenländischen Landesregierung deren Vertretung übernommen hätte, berichteten der Bürgermeister und der Schriftführer, dass es diese Information in Parndorf nicht gegeben hat und dass nach den alten Projektaufzeichnungen im Gegensatz zu der aktuellen Praxis die störende Lärmentwicklung weit westlich von Bruck geendet hat. Michael Koss sagte, dass die Gemeinde Parndorf im Dialogforum Verhandlungen zum Schutz ihrer Interessen nie als gleich berechtigter Partner führen wird können. Eine Verbesserung der Ausgangslage kann seiner Meinung nach bei Weiterführung des Verfahrens erreicht werden. Im Dialogforum werden die Belastungen aus diesem Projekt nur in der Region herumgeschoben, bis die schwächste Gruppe keine Mehrheiten für sich mehr erreichen kann. Das hier bekämpfte UVP-Verfahren kann nicht ordnungsgemäß sein, weil bei der Entscheidung noch keine Flugrouten angegeben waren und somit auch nicht seriös geprüft und bewertet werden konnten. Danach unterbrach Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs von 20:20 Uhr bis 20:30 Uhr die Sitzung für fraktionsinterne Beratungen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erweiterte Johann Rechberger seinen Antrag, das Verfahren auf Zuerkennung der Parteistellung im Genehmigungsverfahren zur 3. Piste beim Flughafen Wien-Schwechat entsprechend der vorher genannten Empfehlungen der Rechtsvertreter der Gemeinde Parndorf weiter zu führen, damit, dass im Budget 2020 entsprechende finanzielle Mittel dafür bereitgestellt werden. Dr. Christa Wendelin schloss sich diesem Antrag mit dem Hinweis darauf an, dass die Argumente der Rechtsvertreter der Gemeinde schlüssig und gut klingen und eventuell falschen Informationen aus dem Dialogforum vorzuziehen sind. Nachdem sich auch Reinhold Hermann den beiden gleich lautenden Anträgen anschloss, beschloss der Gemeinderat bei Stimmenthaltungen von Franz Huszar, Ing. Wolfgang Daniel, Eva Nebenmayer und Christian Ortner bei 20 Zustimmungen der anwesenden Gemeinderatsmitgliedern Weiterführung des Verfahrens gegen den Bescheid der Niederösterreichischen Landesregierung und der Antrag auf Zuerkennung der Parteistellung im Genehmigungsverfahren vom Verwaltungsgerichtshof durch eine gleichzeitige Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof und an die EU-Kommission.

4.) Klimanotstand (Antrag Grüne) (Audio 01:22:20-01:58:40)

Dr. Christa Wendelin erklärte ihren Antrag, dass damit die weltweite Klimakrise öffentlich als Aufgabe höchster Priorität anerkannt wird und Erkenntnisse der Klimaforschung zur Grundlage politischer Entscheidungen gemacht werden. Der gegenständliche Antrag liegt diesem Protokoll als Kopie bei. Der Begriff „Klimanotstand“ ist symbolisch zu verstehen und keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen. Ing. Wolfgang Kment war unklar, welche Aufgaben die Gemeinde Parndorf einem Beschluss in der hier vorgelegten Form zu erfüllen hätte. Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs kritisierte die Wortwahl bei diesem Antrag, weil die Gemeinde Parndorf grundsätzlich trotz aller umliegenden Verkehrseinrichtungen und Wirtschaftsprojekten nach wie vor durch das große Angebot an Wohngebiete, Arbeitsplätze, Freizeit- und Sporteinrichtungen und intakte Naherholungsgebiete weiterhin sehr lebenswert ist. Durch die Erklärung des Klimanotstandes in Parndorf wird der Name der Gemeinde schlecht gemacht und die weitere, grundsätzlich positive Entwicklung speziell für junge Leute wäre in Zukunft nur mehr sehr verkompliziert möglich, obwohl der Klimawandel ein weltweites Problem ist und auf höherer Entscheidungsebene gelöst werden

müsste. Reinhold Hermann schloss sich diesen Ausführungen mit dem Hinweis an, dass so nur Verunsicherung und Angst bei zukünftigen Entscheidungen verursacht würde, anstatt positive Akzente und Maßnahmen rasch zu setzen, wo in dem vorgelegten Antrag Vorschläge überhaupt fehlen. Michael Koss erklärte, dass aus seiner Sicht die Form des Antrages schlecht und für eine einzelne Gemeinde nicht umsetzbar ist, der eigentliche Inhalt jedoch richtig und wichtig wäre. Die Gemeinde Parndorf ist schon seit Jahren Mitglied beim Klimabündnis, wobei hier eigentliche wenige Vorschläge oder nachhaltige Aktivitäten sichtbar werden. Es gibt auch keinen Beauftragten, der die Gemeinde in den Gremien des Klimabündnisses vertritt. Danach stellte er den Antrag, dass der von den Grünen eingebrachte schriftliche Antrag in dieser abgelehnt und dafür hier vorgeschlagene Inhalte in einer eigenen offenen Arbeitsgruppe abgearbeitet werden sollen. Für Ing. Stefan Pfaller ist in diesem Antrag das weltweite Problem erkannt und genannt. Ebenso für Dieter Koosz, der jedoch anregt bei den Lösungsansätzen so vorzugehen, dass ein ausreichender Handlungsspielraum für die Entscheidungen des Gemeinderates erhalten bleiben muss. Die vorgeschlagene Arbeitsgruppe könnte auch der Umweltausschuss des Gemeinderates sein. Im Zuge der folgenden eingehenden Debatte bemerkte auch der Bürgermeister, dass aus dem Klimabündnis bisher eigentlich wenig konstruktiv Nachhaltiges zu diesem Thema gekommen ist. Dr. Christa Wendelin wies darauf hin, dass der Klimanotstand natürlich kein Parndorfer, sondern ein weltweites Problem ist. Jeder in öffentlichen Einrichtungen hat eine Verantwortung zur Erhaltung der Umwelt für die folgenden Generationen. Der Begriff für die weitere Bearbeitung dieser Themenkreis ist in der vorgelegten Form nicht zwingend bindend. Michael Boschner schloss sich dem Antrag von Michael Koss an, wobei der vorgeschlagene Arbeitskreis die bisherigen Leistungen der Gemeinde Parndorf dokumentieren und zukünftige Maßnahmen erarbeiten soll. Er betonte, dass der vorgelegte Antrag in dieser Form praktisch jede Tätigkeit der Gemeinde verhindere. Das Problem der Klimaerwärmung ist nur allzu bekannt. Die Möglichkeiten für Verbesserungen sind leider nur für Österreich und selbst Europa ganz gering, für Parndorf praktisch nicht wahrnehmbar. Eva Nebenmayer sagte, dass ihr der vorliegende Antrag zu symbolhaft sein und sprach sich dafür aus, dass der Umweltausschuss weiter für Parndorf maßgeschneiderte Maßnahmen und Ideen mit Perspektive für alle Bereiche des Umweltschutzes wie zum Beispiel der Verbesserung des Nahverkehrs und Ähnliches einleiten und erarbeiten soll. Ing. Wolfgang Daniel wies darauf hin, dass im gegenständlichen Antrag Bereiche enthalten sind, die die Kompetenzen der Gemeinde Parndorf eindeutig überschreiten. Danach schloss er sich den Anträgen von Michael Koss und Michael Boschner an und ergänzte, dass in diesem Zug auch die Förderung der Gemeinde Parndorf für energieschonende Maßnahmen neu geregelt werden muss. Nachdem Michael Koss und Michael Boschner ihre Anträge gleichlautend erweitert hatten, stimmten die Gemeinderatsmitglieder bei einer Gegenstimme von Dr. Christa Wendelin dieser Vorgangsweise zu.

5.) Hausgärten, Vergabe Planung (Audio 01:58:40-02:02:50)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs erinnerte, dass die Neuparzellierung des Wohnbaugebietes „Hausgärten“ nach der vertraglichen Festlegung der Finanzierung der Erweiterung der Infrastruktur erfolgt ist. Zur Weiterführung der für eine Bebauung notwendigen Voraussetzungen wie zum Beispiel die Verordnung eines Teilbebauungsplanes sind die entsprechenden Planungen für die Abwasserbeseitigungsanlagen und die Erschließungsstraßen mit der Straßenbeleuchtung unumgängliche Voraussetzung, weil hier auch die für die Bebauung notwendigen Höhen und für die verschiedenen Leitungsführungen notwendigen Lageangaben festgelegt werden. Die Baukosten für diese Bauprojekte wurden mit zusammen netto € 470.0000,-- geschätzt.

a) Abwasserbeseitigungsanlagen

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs erinnerte, dass der Gemeindevorstand beschlossen hat, die Abwasserbeseitigung in einem Trennsystem anzulegen. Der Schmutzwasserkanal soll an das System im angrenzenden Ortsteil „Wiesengrund“ angeschlossen werden. Die Niederschlagswässer sollen in den ebenfalls hier vorbeiführenden Reinwassersammelkanal einleitet und damit in Richtung Leitha abgeleitet werden. Für die Planung dieser Anlagen mit der Einholung der notwendigen wasserrechtlichen Bewilligungen wurden folgende Nettoangebote gelegt: Ingenieurbüro Dr. Lang ZT-GmbH aus Wiener Neustadt € 41.965,30 abzüglich 3% Skonto; Bichler&Kolbe ZT-GmbH aus Eisenstadt € 44.504,50 und Ingenieurbüro Wachter GmbH aus Eisenstadt € 44.274,-- zuzüglich € 5.756,44 Nebenkosten. Der Gemeinderat beauftragte nach kurzer Beratung auf Grund der gleich lautenden Anträge von Michael Koss, Franz Huszar, Michaela Strantz und Dr. Christa Wendelin mit den Stimmen aller anwesenden Gemeinderatsmitglieder die Ingenieurbüro Dr. Lang ZT-GmbH aus Wiener Neustadt als Bestbieter mit der Projektierung der „Abwasserbeseitigungsanlage Hausgärten BA09“ auf Grund des Honorarangebot vom 08.07.2019 mit netto € 41.965,30 abzüglich 3% Skonto.

Reinhold Hermann, Ing. Stefan Pfaller und Dieter Kooosz waren während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

b) Straßenbau

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete, dass für die Planung dieser Anlagen als eine Grundlage für die Abwasserbeseitigungsanlagen wurden folgende Bruttoangebote gelegt: Ingenieurbüro Dr. Lang ZT-GmbH aus Wiener Neustadt € 8.760,-- abzüglich 3% Skonto; Ingenieurbüro Wachter GmbH aus Eisenstadt € 12.000,-- und Bichler&Kolbe ZT-GmbH aus Eisenstadt € 12.600,--. Der Gemeinderat beauftragte nach kurzer Beratung auf Grund der gleich lautenden Anträge von Michael Koss, Franz Huszar, Michaela Strantz und Dr. Christa Wendelin mit den Stimmen aller anwesenden Gemeinderatsmitglieder die Ingenieurbüro Dr. Lang ZT-GmbH aus Wiener Neustadt als Bestbieter mit der Projektierung der „Abwasserbeseitigungsanlage Hausgärten BA09“ auf Grund des Honorarangebot vom 08.07.2019 mit brutto € 8.760,-- abzüglich 3%. Reinhold Hermann, Ing. Stefan Pfaller und Dieter Kooosz waren während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

6.) 1. Nachtragsvoranschlag 2019 (Audio 02:02:50-02:12:20)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete, dass im Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2018 ein SOLL-Überschuss in Höhe von € 211.900,-- errechnet wurde, im Voranschlag für 2019 jedoch ein SOLL-Abgang in Höhe von € 350.000,-- vorgesehen war. Durch fällige Abschreibungen, Schaffung des Rechnungskreises „Postpartner“, Anpassung der Personalkosten an Änderungen im Dienstpostenplan, sowie Änderungen und Anpassungen auf Grund der bisher erfolgten Entwicklung und in der Zwischenzeit gefasster Beschlüsse werden diese Änderungen im 1. Nachtragsvoranschlag 2019 ausgeglichen. Im außerordentlichen wurden die Bauabschnitte 8.2 und 19 kollaudiert, wodurch die endgültigen Förderungssummen bekannt wurden. Die darauf folgenden Endabwicklungen wurden ebenfalls hier eingearbeitet, so dass danach im vorliegenden Entwurf eine Erhöhung der Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Teil um € 116.000,-- und im außerordentlichen Teil um € 49.000,-- entstanden ist. Somit ergab sich der neue Voranschlag für 2019 im ordentlichen Haushalt von € 11.850.000,-- an Einnahmen und Ausgaben und von € 1.299.000,-- an Einnahmen und Ausgaben im außerordentlichen Haushalt. Der Entwurf des 1. Nachtragsvoranschlages 2019 war in der Zeit von 04. bis einschließlich 19. Juli 2019 öffentlich zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt. Der Gemeindevorstand hat ihn in seiner Sitzung am 11. Juli 2019 behandelt. Erinnerungen sind keine eingelangt. Nach ausreichenden Erläuterungen beschloss der Gemeinderat nach den gleich lautenden Anträgen von Ing. Wolfgang Daniel und Norbert Samwald einstimmig nachstehenden I. Nachtragsvoranschlag für das Finanzjahr 2019:

Ordentlicher Haushalt	MEHREINNAHMEN	€	116.000,--
	MEHRAUSGABEN	€	116.000,--
	ÜBERSCHUSS/ABGANG	€	0,--
Außerordentlicher Haushalt:	MEHREINNAHMEN	€	49.000,--
	MEHRAUSGABEN	€	49.000,--
	ÜBERSCHUSS/ABGANG	€	0,--
Der Gesamtrahmen für das Haushaltsjahr 2019 beträgt somit			
	EINNAHMEN	€	13.149.000,--
	AUSGABEN	€	13.149.000,--
	ÜBERSCHUSS/ABGANG	€	0,--

Dieser Nachtragsvoranschlag ist nach ortsüblicher Verlautbarung zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und sodann im Sinne der Bestimmungen der §4 der Burgenländischen Gemeindehaushaltsordnung – GHÖ 2015 und §68 Abs. 4 und 5 der Bgld.GemO 2003 in der geltenden Fassung dem Amt der Burgenländischen Landesregierung als Aufsichtsbehörde vorzulegen

Die nächsten Tagesordnungspunkte werden nicht öffentlich behandelt.

10.) Allfälliges

a) (Audio 02:29:10-02:58:00) Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs kündigte an, dass die nächste Gemeinderatssitzung am 29.08.2019 um 19:00 Uhr stattfinden wird.

b) (Audio 02:58:00-02:59:10) Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs informierte, dass Dr. Christine Loidl mit 30.06.2019 ihren Kassenvertrag zurückgelegt hat. Als Wahlärztin wird sie weiter ordinieren. Ihre kreisärztliche Tätigkeit ist von der Zurücklegung des Kassenvertrages nicht betroffen.

c) (Audio 02:59:10-02:40:40) Bürgermeister Ing. Kovacs Wolfgang berichtete, dass Dr. Peter Böck als Anrainer zum Kirchenplatz laufend Anzeigen gegen das Sommertheater bei der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See macht, die zuletzt schon skurrile Inhalte aufwies. So zeigt zum Beispiel ein von ihm vorgelegtes Foto zwei Personen um 22.07 Uhr unter der Linde. Ein weiteres Foto zeigt vier Personen, die nach der Premiere auf den Zuschauersesseln sitzen. Dafür kann der Veranstalter nicht verantwortlich gemacht werden, weil der Kirchenplatz öffentliches Gut ist und bei Ruhestörungen außerhalb der genehmigten Aufführungszeiten die Verursacher belangt werden müssen. In der zweiten Anzeige gab er an, dass die Stufen beim Haupttor zur Kirche eine eigene, zur Kirchenparzelle gehörige Grundstücksnummer hätte, für die keine Veranstaltungsgenehmigung vorliegt, obwohl hier die Bühne darüber gebaut wurde und Auftritte der Schauspieler aus der Kirche erfolgen. Tatsächlich liegt das Kirchengebäude auf einem eigenen Grundstück, aber die Vorlegestufen auf dem Öffentlichen Gut des Kirchenplatzes. Weiter hat er angezeigt, dass der mobile Anhänger als „Kartenbüro“ im Halteverbot steht und stellte gleichzeitig in Frage, ob er mit der Veranstaltung genehmigt wurde. Tatsächlich ist der mobile Anhänger die Abendkassa und stand mit einem Reifen auf der gepflasterten Fläche. Inzwischen wurde er vom Veranstalter um 13 cm umgestellt und steht jetzt außerhalb des Parkverbotes in der Grünfläche. Die Abendkassa ist natürlich Bestandteil der Veranstaltung und auch auf dem bewilligten Veranstaltungsort „Kirchenplatz“.

Im Zuge des laufenden Gerichtsverfahrens zur Unterlassung der Veranstaltungen „Sommertheater“ wurde vom Bezirksgericht Neusiedl am See je eine Messung des durch das Theater verursachten Lärms und Lichts bei Vorauszahlung von etwa € 8.000,-- durch Dr. Böck als Kläger beauftragt. Er hat die Schallgutachten des einschlägigen des Amtes der Burgenländischen Landesregierung und des TÜV, das vom Theaterverein eingeholt wurde, als Gefälligkeitsgutachten bezeichnet und gegen den Amtssachverständigen in diesem Sinn eine Anzeige eingebracht. Hinsichtlich des Lichts fühlt er sich durch die Reflexion der Bühnenausleuchtung durch Scheinwerfer von der Kirchenfassade geblendet und belästigt. Der Gemeinderat nahm diesen Bericht einstimmig zur Kenntnis.

d) (Audio 02:40:40-02:45:00) Bürgermeister Ing. Kovacs berichtete, dass zur Weiterführung des StVO-Verfahrens zum „Sektoralen Verkehrskonzept Schotterabbau Parndorfer Platte“ Zählungen des LKW-Verkehrs auf den Bundesstraßen durch das bewohnte Gebiet von Parndorf in das Schotterabbaugelände erfolgt sind. Das Ergebnis zeigt ohne detaillierte Auswertungen der Zählergebnisse eine leichte Frequenzsteigerung zur letzten Zählung, bestätigt jedoch grundsätzlich die dadurch verursachte enorme Belastung der an diesen Verkehrsachsen wohnenden Menschen. Nach der Auswertung dieser Zählungen wird die Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See als zuständige Behörde die entsprechenden Verordnungen zur Führung des Schottergrubenschwerverkehrs um das bewohnte Gebiet herum im Sinne des beantragten Verkehrskonzeptes der Gemeinde Parndorf erlassen.

Im Anschluss berichtete über die Besprechung beim für Verkehr zuständigen Landesrat Mag. Heinrich Dorn über die Prüfung der Möglichkeit der Anbindung des Schottergrubenschwerverkehrs an die A4 über derzeit im Umbau befindlichen Parkplätze entsprechend der Anregung aus dem „Sektoralen Verkehrskonzept Schotterabbau Parndorfer Platte“. Derzeit gibt es laut Baudirektor DI Wolfgang Heckenast seitens der ASFINAG negative Signale für diese Lösung. Die Vertreter der Burgenländischen Landesregierung werden jedoch in Richtung dieser Lösung weiter intervenieren. Michael Koss berichtete, dass der Baustellenverkehr zu den A4-Parkplätzen und der Baustelle „PADO II“ über die hier vorgeschlagene Route erfolgt. Diese Tatsache wird dem Landesrat und dem Baudirektor als Unterstützung für die weiteren Besprechungen mit der ASFINAG mitgeteilt. Auf eine Anfrage von Ing. Stefan Pfaller erklärte er, dass die Wiederherstellung der betroffenen Feldwege über die einzelnen Baustellen eingefordert wird.

Der Gemeinderat nahm diese Berichte und die vorgeschlagene weitere Vorgangsweise zustimmend einstimmig zur Kenntnis.

e) (Audio 02:45:00-02:46:00) Ing. Wolfgang Daniel berichtete, dass die Gemeindearbeiter Gottfried Bresich und Robert Hofer die Aufgaben von Sicherheitsvertrauenspersonen im Bereich des Bauhofes übernommen haben.

f) (Audio 02:46:00-02:47:30) Ing. Wolfgang Daniel berichtete, dass die Photovoltaikanlage am Bauhof fertig ist und in Betrieb genommen wurde. Die veranschlagten Baukosten wurden um 3,5% unterschritten. Aktuell wird der im Bauhof anfallende Strombedarf vollständig abgedeckt und der Überschuss ins Netz eingespeist.

Der Einspeisetarif liegt über dem Bezugstarif.

g) (Audio 02:47:30-02:48:30) Dr. Christa Wendelin lud die Gemeinderatsmitglieder zum Sommerkino am 03.08.2019 im Stadel von „Markt der Erde“ ein.

h) (Audio 02:48:30-02:50:30) Auf eine Anfrage von Dr. Christa Wendelin berichtete der Bürgermeister, dass die Säulenhainbuchen entlang dem Friedhof aus dem Grund breitkronigen Bäumen vorgezogen wurden, weil damit ein Einragen der Baumkronen auf den Friedhof und spätere eventuell mögliche Haftungen verhindert werden.

i) (Audio 02:50:30-02:55:00) Auf eine Anfrage von Ing. Wolfgang Kment berichtete der Bürgermeister, dass das letzte Abstimmungsgespräch mit Vertretern der ÖBB und des Amtes der Burgenländischen Landesregierung hinsichtlich der „Park&Ride-Anlage Bahnhof Parndorf“ alle befasste Stellen weiter an der Errichtung dieser Einrichtung interessiert sind und daher auch die ursprünglich zugesagten Fördermittel in der gleichen Höhe bleiben, wenn hier zumindest 40 PKW-Stellplätze neu geschaffen werden. Alternativ wurden Parkplätze im Bereich der Landerampe untersucht, aber wieder eingestellt, weil die angrenzende Halle vermietet bleibt und die Entfernung zum Bahnsteig zu groß ist. Bevorzugt wird ein Abrücken der Parkflächen in Richtung Südosten, wodurch auch der Baumbestand neben dem Bahnhofgebäude erhalten bleiben könnte. Der überarbeitete Entwurf wird dem Gemeinderat zur weiteren Behandlung vorgelegt, sobald eine Einigung zwischen der Arbeitsgruppe und der ÖBB gegeben ist. Die Gemeinde Parndorf haben die Verantwortung und Haftung für die bestehenden Bäume im Planungsareal abgelehnt. Michael Koss sagte, dass er einer Entfernung der schadhaften und damit gefährlichen Bäume bei einer entsprechenden Ersatzpflanzung zugestimmt hat. Der Gemeinderat nahm diesen Bericht und die vorgeschlagene weitere Vorgangsweise zustimmend einstimmig zur Kenntnis.

j) (Audio 02:55:00) Auf eine Anfrage von Ing. Stefan Pfaller erklärten der Bürgermeister und der Vizebürgermeister, dass hinsichtlich der in der letzten Gemeinderatssitzung zugesagten Geschwindigkeitsbeschränkung am „Waldweg“ bisher noch keine endgültige Erledigung erfolgt ist. Ing. Stefan Pfaller berichtete, dass aktuell ein Landwirt mit zwei vollen Anhängern und einem Traktor als Zugmaschine bei Beginn der Steigung zur Truppenübungsplatzzufahrt auf dem trockenen, unbefestigten Feldweg stecken geblieben ist und schwere Schäden verursacht hat. Nachdem diese Route als Ausweichstrecke für den öffentlichen Busverkehr beim Projekt „Umbau Leithabrücke B10/Bruckneudorf“ dient, soll dort eine Sanierung und Qualitätsverbesserung eingefordert werden, damit der Ausweichverkehr anstandslos funktionieren kann.

Danach ist die Tagesordnung erschöpft und nichts wird mehr vorgebracht. Der vorsitzende Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs dankt allen Erschienenen für ihre rege Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Der vorsitzende Bürgermeister:



Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Die Mitglieder des Gemeinderates:



Der Schriftführer:

